



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 23.10.2017

zu Ltg.-1417-1/A-2/10-2017

Bi-Ausschuss

K4-A-2574/026-2017

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.k4@noel.gv.at

Fax: (02742) 9005/13595 Internet: <http://www.noe.gv.at>

Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug

LAD1-VD-15132/006-2017

BearbeiterIn

Mag. Christine Trost-
Schraml

(0 27 42) 9005

Durchwahl

13274

Datum

17. Oktober 2017

Betrifft

Gesetzliche Verankerung eines Schülerinnen- und Schülerparlaments auf Landes- und Bundesebene; Entschließung des NÖ Landtages

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 27. April 2017, Ltg.-1417/A-2/10-2017, hat die Landesregierung dem Bund mit Schreiben vom 31. Mai 2017 diese Resolution übermittelt.

Das Bundesministerium für Bildung hat mit Schreiben vom 07. August 2017 Folgendes geantwortet:

"Eingangs darf darauf hingewiesen werden, dass sich der Niederösterreichische Landtag bereits in der Vergangenheit mit einer thematisch vergleichbaren Resolution an den Bund gewandt hat. Es ist weiterhin festzuhalten, dass die Bundesschülervertretung mit Unterstützung des Ministeriums bereits neun österreichweite Schülerinnen- und Schülerparlamente veranstaltet hat. Die Landesschülervertretungen führen in allen Bundesländern regionale Schülerinnen- und Schülerparlamente mit Unterstützung durch die Landesschulräte durch.

Das Schülervertretungengesetz (SchVG) bietet bereits derzeit die Grundlage für die Durchführung von Schülerinnen- und Schülerparlamenten, zumal im Abschnitt über die Erfüllung der Aufgaben der Bundes- bzw. Landesschülervertretung unter § 3 Abs. 1 Z 8 SchVG die „Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Schülervertreter“ allgemein formuliert ist.

In den letzten Jahren haben die Bundesschülervertretungen pro Amtsperiode zwei Veranstaltungen mit jeweils um die 100 Teilnehmenden durchgeführt – einen Kongress mit Arbeitsgruppen zu aktuellen Themen, die den Schülerinnen und Schülern Anliegen sind, und ein Schülerinnen- und Schülerparlament, bei dem die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler Anträge gemeinsam erarbeiten, formulieren und abstimmen. Die so entstandenen Anträge werden in der Regel dem Bundesministerium für Bildung übergeben und in Folge auf Möglichkeiten der Umsetzung geprüft. Manche Anregungen können auf direktem Wege in Entwicklungsprojekte einbezogen werden. Am 24. April 2017 hat im Alten Rathaus in Wien das 9. Österreichische Schülerinnen- und Schülerparlament stattgefunden.

In diesem Zusammenhang wird auch auf die neuen Lehrpläne für Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung hingewiesen, die mit dem Schuljahr 2016/17 für die Sekundarstufe I mit der 6. Schulstufe aufsteigend in Kraft getreten sind. Dem Thema (praktische) Partizipation ist dort bewusst viel Raum gegeben. So werden z.B. der Besuch der Partizipationswerkstatt oder der Politischen Werkstatt im Parlament angeregt. Dabei geht es um Beobachten, Simulieren, spielerisches Erleben, jedoch nicht um den Anspruch, den realen parlamentarischen Ablauf zu inszenieren.

Es wird abschließend darauf hingewiesen, dass auch auf der bestehenden gesetzlichen Grundlage den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben wird, ihren demokratisch erarbeiteten Forderungen bei der zuständigen Behörde Nachdruck zu verleihen. Das Bundesministerium für Bildung setzt sich genau mit den Anträgen auseinander und das Ergebnis wird den amtierenden Schülervertreterinnen und Schülervertretern auch kommuniziert. Entsprechende Vorschläge der Bundesschülervertretung zu einer Weiterentwicklung eines Österreichischen

Schülerparlamentes (ÖSIP) werden selbstverständlich aufgenommen und gemeinsam diskutiert.

Mit der Bundesschülervertretung 2017/18, die sich am 24. September 2017 neu formiert, werden in bewährter Weise Gespräche über Rahmenbedingungen für künftige Entwicklungen fortgeführt werden."

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Mag.^a S c h w a r z

Landesrätin